

Tausende von Flüchtlingshelfern in Niedersachsen haben Bürgschaften für Syrer übernommen. Die Landesregierung muss sich den Vorwurf gefallen lassen, die Helfer im Regen stehen zu lassen. Warum gibt es keinen Hilfsfonds für diese Leute, die sich engagiert haben?

Ich kann den Ärger ausdrücklich verstehen. Die Helfer sind davon ausgegangen, dass ihre Bürgschaft so lange gilt, bis der Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge geklärt ist. Dass sie jahrelang den Lebensunterhalt von Flüchtlingen zahlen sollen, kann nicht das Ergebnis sein. Es ist völlig richtig, dass Innenminister Boris Pistorius auf den Bund zugegangen ist, um eine bundesweite Lösung zu finden. Es kann nicht sein, dass die Bürger auf den Kosten sitzenbleiben.

Die Grünen bezeichnen das als „Ping-Pong-Spiel“.

Nein, das Problem besteht ja nicht nur in Niedersachsen, sondern bundesweit. Deswegen kommen Landesmaßnahmen nur nachrangig in Betracht.

Niedersachsen hat aber ausdrücklich dafür geworben, dass diese Patenschaften übernommen werden.

Das stimmt, und auch ich war

baff, zu hören, dass die Bürgerinnen und Bürger für eine lange Zeit in Haftung genommen werden sollen. Es geht jetzt um die Frage, wie sichergestellt werden kann, dass dieser unerträgliche Zustand endet. Da ist der Bund in der Vorhand.